

News Archiv June 2021

2021-06-22 10:27

[AK fordert „möglichst offene“ Schulen im Herbst](#)

Die Arbeiterkammer (AK) fordert in einem Offenen Brief an ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann und Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) „möglichst offene“ Schulen im Herbst.

Schulschließungen dürften nur die Ausnahme sein, so AK-Präsidentin Renate Anderl. In Mathematik und Deutsch soll außerdem eine zweite Lehrkraft eingesetzt werden können.

Schulen sollen über den Sommer ausarbeiten können, wie sie Unterricht ins Freie verlagern oder bei Bedarf auf Projektunterricht in Kleingruppen setzen. Darüber hinaus solle es inhaltliche Schwerpunktsetzungen und Priorisierungen geben, damit trotz reduzierter Lernzeit die Lernqualität sichergestellt ist.

Der Bund müsse außerdem in Luftreiniger, CO2-Messgeräte und andere technische Präventionsmaßnahmen investieren.

Anderl will auch, dass jede Klasse im Wintersemester eine Projektwoche durchführen kann, pro Schüler sollen dafür 50 Euro zur Verfügung gestellt werden. Außerdem brauche es mehr Sozialarbeiter und Schulpsychologen sowie eine Schulfinanzierung anhand sozialer Kriterien.

SOS Kinderdorf: Ausbau der psychosozialen Versorgung

Ähnlich SOS-Kinderdorf-Geschäftsführer Christian Moser: Schulen, Bildungsdirektionen und Ministerien dürften sich kein Sommerloch erlauben. Unter anderem brauche es einen großen Ausbau der psychosozialen Versorgung der Kinder und Jugendlichen.

[Read more ... AK fordert „möglichst offene“ Schulen im Herbst](#)

CoV-Bonus für Gesundheitspersonal beschlossen

Der Nationalrat hat am Donnerstag einen Bonus für die Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wegen der Coronavirus-Pandemie beschlossen. Er soll im Durchschnitt 500 Euro ausmachen. Die Koalitionsparteien ÖVP und Grüne sprachen von einem Zeichen der Anerkennung, die Opposition kritisierte einen „Wischiwaschi-Antrag“, in dem zahlreiche Beschäftigte vergessen worden seien.

Mittels eines in der Parlamentsdebatte eingebrachten Abänderungsantrags wurden auch Reinigungskräfte in Spitälern und in der Pflege miteinbezogen, nicht aber etwa Beschäftigte in der Haustechnik. Dafür profitiert auch das Personal in stationären Rehaeinrichtungen. Der Bonus ist so konzipiert, dass es im Schnitt 500 Euro (steuerfrei) gibt, wobei den Ländern bzw. den betreffenden Einrichtungen auch eine Differenzierung nach Schwierigkeitsgrad des Einsatzes eingeräumt wird. Für Tätigkeiten auf Covid-19- und Intensivstationen kann es also auch mehr geben.

Entscheidend ist Kontakt mit Patienten

Grundsätzlich Voraussetzung für einen Anspruch auf den Bonus ist jedenfalls, dass „in persönlichem Kontakt verrichtete, medizinische oder nichtmedizinische Betreuung von Patienten“ vorliegt oder „im unmittelbaren Umfeld von betreuten Patienten verrichtete Reinigungsdienste“ geleistet wurden.

Seitens der Regierungsfractionen ÖVP und Grüne zeigte man sich mit der nun gefundenen Lösung zufrieden. Der Bonus sei ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für alle, die im Bereich der Spitäler, Rehaeinrichtungen, Heime und mobilen Dienste arbeiten, erklärte ÖVP-Klubchef August Wöginger in einer schriftlichen Stellungnahme. Die grüne Pflegesprecherin Bedrana Ribo sah in ihrem Debattenbeitrag jene unterstützt, die in den vergangenen 15 Monaten außergewöhnlichen Belastungen ausgesetzt gewesen seien. Rund 100 Mio. Euro würden dafür in die Hand genommen.

Für SPÖ ein „Wischiwaschi“-Antrag „fünf vor zwölf“

Ganz anders sah das die SPÖ. „Fünf vor zwölf bekommen wir einen Wischiwaschi-Antrag von ÖVP und Grünen serviert, in dem schon wieder Menschen vergessen worden sind“, erklärte der sozialdemokratische Gesundheitssprecher Philip Kucher, etwa Rettungskräfte und Beschäftigte in der Ordinationsassistenten.

CoV-Bonus wird ausgeweitet

Der Bonus gilt nun nicht nur für Ärzte und Pflegepersonal. Nach heftigen Protesten im Parlament bekommen ihn auch Rehakräfte und zusätzliches Personal in Spitälern. Die Rettungskräfte gehen leer aus.

Kucher appellierte an ÖVP und Grüne, den Bonus „gemeinsam zu reparieren“. Ein Krankenhaus funktioniere nur in einem Miteinander, von „der Krankenpflegerin bis zur Ärztin, von den Menschen in der Telefonzentrale bis zur Reinigungskraft“. Die SPÖ forderte den Bonus für alle Beschäftigten in den Gesundheitsberufen und brachte einen eigenen Antrag, der auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwa auch in der Behinderten-, Wohnungslosen- und Flüchtlingshilfe mit einschließt, ein.

Auch FPÖ sprach sich für größeren Bezieherkreis aus

Die FPÖ hätte sich mehr gewünscht, begrüßte zwar die Ausweitung des Antrags durch die Koalition, unterstützte aber „noch mehr“ den weitergehenden Antrag der SPÖ, denn der sei „einfach ganzheitlicher gedacht“, weil wir eben eine breite Anerkennung für diese Menschen brauchen“, sagte der freiheitliche Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak.

Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) müsse „endlich dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen für die Menschen in den Gesundheits- und Pflegeberufen verbessert werden, und es muss auch eine nachhaltige verbesserte Entlohnung für diese Menschen geben“. Außerdem müsse schon jetzt „mit einer Personal- und Kapazitätsplanung begonnen werden, die uns im Herbst und im Winter die entsprechende Sicherheit geben kann“, forderte Kaniak.

Nachjustieren beim „Grünen Pass“

Die Coronavirus-Krise habe „sehr viele Menschen in Österreich gefordert – egal ob im Gesundheitswesen oder in der Daseinsvorsorge. Daher ist es höchst an der Zeit, dass diese Menschen nicht nur ein Dankeschön, sondern auch eine finanzielle Anerkennung bekommen“, so der freiheitliche Gesundheitssprecher. Die FPÖ sprach sich für eine deutliche Ausweitung des Bezieherkreises des Bonus aus.

Beschlossen wurden am Donnerstag im Nationalrat aus dem Bereich der Gesundheit auch Änderungen im Ärzte- sowie im Apothekerkammer- und Gehaltskassengesetz sowie unionsrechtliche Anpassungen im Medizinprodukte- und im Gentechnikgesetz. Zustimmung des Nationalrats gab es außerdem für kurzfristige Anpassungen der Regeln für den Impfnachweis im „Grünen Pass“, mit denen dessen verzögerter Ausrollung Rechnung getragen wurde.

Kurzarbeit neu geregelt

Der Nationalrat beschloss am Donnerstag außerdem noch eine Neuregelung der Kurzarbeit. Das gegenwärtige, großzügige Modell wird nur noch in jenen Branchen fortgeführt, die besonders von der Coronavirus-Krise betroffen waren, etwa Flugverkehr, Stadthotellerie und Nachtgastronomie. Nicht nur die Regierungsparteien ÖVP und Grüne, auch SPÖ und FPÖ stimmten hier zu. Die erhöhte Notstandshilfe wurde bis September verlängert.

Bezüglich Kurzarbeit wird bei den anderen Sektoren, deren Probleme geringer waren, mit gewissen Einschränkungen wie einem 15-prozentigem Abzug für die Dienstgeber und der Verpflichtung eines Urlaubsabbaus für die Arbeitnehmer operiert. Außerdem wird eine 50-prozentige Mindestarbeitszeit vorgeschrieben. Lehrlinge können weiter in die Kurzarbeit einbezogen werden.

Kriterien festgelegt

Die Details der Neuregelung kommen über die Kurzarbeitsrichtlinie, die vom Verwaltungsrat des Arbeitsmarktservice (AMS) zu erlassen ist. Mit dieser soll auch genau festgelegt werden, wer unter die Sonderbestimmung für besonders stark von der Krise betroffene Betriebe fällt. Den Erläuterungen zufolge ist als Kriterium ein Umsatzeinbruch von 50 Prozent im dritten Quartal des Vorjahres gegenüber dem Vergleichsquartal 2019 in Aussicht genommen.

Mit einer weiteren Novelle wurde beschlossen, dass auch in den Monaten Juli bis September eine höhere Notstandshilfe im Ausmaß des Arbeitslosengelds auszuzahlen ist. Dafür wurde die Angleichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten auf Oktober verschoben.

Schwangere können weiter freigestellt werden

Beschlossen wurde auch, dass die Freistellung Schwangerer während der Viruskrise (ab der 14. Schwangerschaftswoche bei vollem Lohnausgleich) bis Ende September verlängert wird. Allerdings gilt das nur noch, solange die werdenden Mütter nicht vollständig immunisiert sind. Die Kosten trägt unverändert der Bund.

Betriebliche Testungen werden für weitere drei Monate gefördert. Für das entsprechende Programm stehen laut zugehöriger Verordnung bis zu 100 Mio. Euro zur Verfügung, wobei grundsätzlich nicht nur Beschäftigte, sondern auch Kunden und andere betriebsfremde Personen getestet werden können.

[Read more ... CoV-Bonus für Gesundheitspersonal beschlossen](#)

2021-06-17 14:27

[FSG Mernyi: ArbeiterInnen werden von den Grünen im Stich gelassen](#)

Angleichung der Kündigungsfristen wird erneut verschoben - Grüne kriechen vor ÖVP im Staub

„Den Grünen sind hunderttausende ArbeiterInnen anscheinend völlig egal“, zeigt sich der Bundesgeschäftsführer der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB, Willi Mernyi darüber entsetzt, dass die Grünen den ÖVP-Antrag auf eine weitere Verschiebung der Angleichung der Kündigungsfristen von ArbeiterInnen und Angestellten mittragen werden.

„Zu erklären, das sei notwendig, um die Aufstockung der Notstandshilfe bis Ende September zu erreichen, ist reine Augenauswischerei. Jene Menschen, die in den kommenden Monaten weiterhin von einem Tag auf den anderen gekündigt werden können und dann vielleicht längere Zeit auf Jobsuche sind, dürfen sich bei den Grünen bedanken. Sie werden aber von der erhöhten Notstandshilfe nicht mehr profitieren“, sagt Mernyi.

„Den Arbeiterinnen und Arbeitern verweigern die Grünen eine faire Behandlung, um den fragilen Koalitionsfrieden nicht zu gefährden. Bei der großzügigen Verlängerung der Wirtschaftshilfen im Ausmaß von mehr als einer halben Milliarde stimmen die Grünen zu. Auch das wird die ÖVP gefreut haben, denn damit haben sie ihren Spenderkreis zufrieden gestellt. Für den Verbleib an der Macht haben sich die Grünen von ihren Grundsätzen verabschiedet und kriechen vor der ÖVP im Staub“, kritisiert Mernyi. Spannend werde es, wenn sich die immer lauter werdenden Stimmen in der ÖVP durchsetzen, die darauf drängen, dass schikanöse Verschärfungen für Arbeitslose endlich umgesetzt werden. „Wie weit gehen dann die Grünen mit? Welche Ausreden werden sie vorbringen, wenn sie zustimmen, dass Arbeitslose für einen Hungerlohn in ein anderes Bundesland umziehen müssen?“, fragt Mernyi.

„Die Regierungsbeteiligung der Grünen ist bisher eine herbe Enttäuschung für alle arbeitenden Menschen. Die Angleichung der Kündigungsfristen wird verschoben, die abschlagsfreie Hacklerregelung wurde abgeschafft, ein umfassender Corona-Bonus für alle HeldInnen der Krise fehlt nach wie vor und bei vermögensbezogenen Steuern betreiben die Grünen lediglich Ankündigungspolitik“, kritisiert der

Gewerkschafter, der die Grünen auffordert, endlich Flagge in arbeits-und sozialpolitischen Fragen zu zeigen.

[Read more ... FSG Mernyi: ArbeiterInnen werden von den Grünen im Stich gelassen](#)

2021-06-15 17:07

[SPÖ und NEOS sehen Arbeit in U-Ausschüssen in Gefahr](#)

SPÖ und NEOS sind von den Vorschlägen der ÖVP, strengere Vorschriften in Untersuchungsausschüssen einzuführen, wenig begeistert.

„Wir sehen in dieser ganzen Debatte ein Interesse der ÖVP, möglichst die Arbeit der Untersuchungsausschüsse zu ‚derschlagen‘“, so SPÖ-Vizeklubchef Jörg Leichtfried heute bei einer Pressekonferenz. Auch NEOS-Chefin Beate Meisl-Reisinger ortete einen „Angriff aufs Parlament“.

Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) hatte sich nach der Veröffentlichung pikanter Chats aus dem Umfeld der Volkspartei zuletzt für neue Regeln für die Handyauswertung ausgesprochen. Auch griff sie den Vorschlag der Staatsanwälte-Vertreterin Cornelia Koller auf, dass U-Ausschüsse nicht mehr neben dem Strafverfahren laufen sollten.

„Es gibt noch genug aufzuklären“

Meisl-Reisinger lehnt das strikt ab, denn dann würden überhaupt keine U-Ausschüsse mehr stattfinden, verwies sie in einer Pressekonferenz auf lange Verfahrensdauern in diversen Causen.

Auch strengere Vorschriften bei den Akten im U-Ausschuss lehnt sie ab. Leichtfried betonte, dass Aufklärung weiterhin möglich sein müsse. Die ÖVP mache diese Vorschläge nur, weil sie von den Vorgängen betroffen sei. Man werde abermals eine Verlängerung des zu Ende gehenden „Ibiza“-Untersuchungsausschusses beantragen, denn „es gibt noch genug aufzuklären“.

[Read more ... SPÖ und NEOS sehen Arbeit in U-Ausschüssen in Gefahr](#)

[SPÖ fordert neues Staatsbürgerschaftsrecht](#)

Die SPÖ fordert einen leichteren Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft. Demnach soll es einen Rechtsanspruch auf die Staatsbürgerschaft nach sechs Jahren rechtmäßigem Aufenthalt geben. In Österreich geborene Kinder sollen automatisch die Staatsbürgerschaft bekommen.

Diese Reformvorschläge gehen auf einen Antrag der Sozialistischen Jugend am SPÖ-Bundesparteitag 2018 zurück, der der Arbeitsgruppe Migration unter der Leitung des Kärntner Landeshauptmannes Peter Kaiser zugewiesen wurde. Von dieser wurden die nun vorliegenden Vorschläge ausgearbeitet und diese dann im Bundesparteivorstand einstimmig beschlossen.

Senken will die SPÖ auch die finanziellen Hürden für den österreichischen Pass. Die Staatsbürgerschaft soll all jenen Personen offenstehen, die in den letzten sechs Jahren zumindest in 36 Monaten nicht zum überwiegenden Teil die Sozialhilfe bezogen haben. Die Bundesgebühren von derzeit 1.115 Euro für die Einbürgerung sollen ersatzlos gestrichen werden. Die Landesgebühren, die derzeit in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich hoch sind, sollen auf entsprechend niedrigem Niveau vereinheitlicht werden.

[Read more ... SPÖ fordert neues Staatsbürgerschaftsrecht](#)